DER LANDRAT

Geschäftsbereich: Abfallwirtschaft, Wasser und Umweltschutz	DRUCKSACHE	
Az.: 16-6052-06/92/253-2016	lfd. Nr.	Jahr
Datum: 04.04.2018	142-2	2017

Vorlage

		Zutreffendes ankreuzen ☒				
an (zutreffenden Ausschuss einsetzen und ankreuzen)	Sitzungstag	öffent- lich	nicht- öffentlich	Beschlussvorschlag		
				ange- nommen	abgelehnt	geändert
☒ Ausschuss für Umweltschutz	03.05.2018	☒	☐			
☐		☐	☐			
☒ Kreisausschuss	18.05.2018		☒			
☒ Kreistag	06.06.2018	☒	☐			
☐ Die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention wurden berücksichtigt:		☐ ja ☐ nein ☒ entfällt				

Verantwortlichkeit (Ordnungsziffer der Org.-einheit/Sichtvermerk):						Geschäftsbereich 16
Gefertigt: 16.3	Beteiligt:					Landrat
	GBL 16	III	32	I	G	zur Beschlussausführung.
					gez. Radeck	(Handzeichen)

Betreff:

Naturschutzgebietsverordnung (NSGVO) „Südlicher Drömling“

Beschlussvorschlag:

Die NSGVO „Südlicher Drömling“ im Bereich der Gemeinden Danndorf und Grafhorst der Samtgemeinde Velpke im Landkreis Helmstedt (Anlage A der Drs. 142-2/2017) wird beschlossen.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

Sachdarstellung, Begründung, ggf. finanzielle Auswirkungen:

I. Veranlassung

5 Nach der Beratung der Vorlagen Drs. 142 / 2017 und Drs. 142-1/2017 im Kreisausschuss vom 23.02.2018 wurde die Vorlage in den Fachausschuss zurück überwiesen.

10 Grundlage dieser Vorlage sind jetzt zusätzlich der Erlass des MU und ML vom 19.02.2018 zur Einführung des Leitfadens „Natura 2000 in Niedersächsischen Wäldern“ sowie der dazugehörige „Sicherungserlass“ des MU und ML vom 21.10.2015 und die Musterschutzgebietsverordnung des NLWKN und die dazugehörige Handreichung mit Stand vom 20.02.2018.

15 Der Leitfaden ist auf der homepage des Umweltministeriums unter folgender Adresse veröffentlicht:

<https://www.umwelt.niedersachsen.de/aktuelles/natura-2000-in-niedersaechsischen-waeldern---leitfaden-fuer-die-praxis-162102.html>

20 Die aktuelle Musterschutzgebietsverordnung ist auf der homepage des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz veröffentlicht:

https://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/natura_2000/downloads_zu_natura_2000/downloads-zu-natura-2000-46104.html#Arbeitshilfe

25 Im Folgenden werden die im Kreisausschuss vorgetragenen Argumente, Fragen und Anträge seitens der Verwaltung einer erneuten Prüfung unterzogen. Die Prüfergebnisse enden jeweils mit einem Entscheidungsvorschlag, der in die Beschlussfassung der NSGVO „Südlicher Drömling“ (Anlage A zur Drs. 142-2/2017) eingegangen ist. Außerdem sind die Änderungen, die Gegenstand der Drs. 141-1/2017 gewesen sind, in die Beschlussfassung der NSGVO „Südlicher Drömling“ (Anlage A zur Drs. 142-2/2017) eingearbeitet worden.

35 Bei der Überarbeitung der Verordnung sind diverse Regelungen, die zunächst für alle Waldflächen vorgesehen waren ausschließlich auf die Waldflächen im Bereich des Vogelschutzgebietes beschränkt worden, weil diese ihre Grundlage im Schutz der entsprechenden signifikanten Vogelarten finden. Die Systematik wurde ansonsten nicht verändert.

40 **II. Zu den Auswirkungen des Erlasses des MU vom 19.02.2018 hinsichtlich des dort beigefügten Leitfadens für die Praxis „Natura 2000 in niedersächsischen Wäldern“ auf die Vorschriften der NSGVO „Südlicher Drömling“**

45 Im Folgenden werden die Vorschriften der bisherigen NSGVO „Südlicher Drömling“ (Anlage A zur Drs. 142/2017), die dort in der unter den angegebenen Paragraphen zu finden sind, einschließlich der Änderungen aus der Drs. 142-1/2017, überprüft:

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

50 1. „§ 4 (2) Nr. 5 ...ein Neu- oder Ausbau von Wegen nur mit Zustimmung der zuständi-
gen Naturschutzbehörde,“

Die Vorschrift entspricht dem Sicherungserlass (vergl. ebenda Anlage B I. Nr. 10.). Die Vorschrift geht allerdings insoweit über den Sicherungserlass hinaus, indem sie sich nicht nur auf die Flächen der Lebensraumtypen beschränkt. Wegeneu- oder -ausbauten können immer zu erheblichen Beeinträchtigungen der für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile des Natura 2000-Gebiets führen. Solche Maßnahmen wären nach § 33 (1) Satz 1 BNatSchG verboten. Unabhängig davon, ob der Wegebau innerhalb des Waldes, oder außerhalb desselben erfolgen soll, sind solche Projekte vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000-Gebiets zu überprüfen (vergl. § 34 (1) Satz 1 BNatSchG.) Nur wenn die Verträglichkeit gegeben ist, darf die Naturschutzbehörde zustimmen. Da es hier zur Überlagerung von FFH- und Vogelschutzzielen kommt, muss die Vorschrift auf das ganze Schutzgebiet ausgeweitet werden, weil nicht nur Lebensraumtypen im FFH-Gebiet Gegenstand der Erhaltungsziele sind, sondern auch die signifikanten Vogelarten im Vogelschutzgebiet.

- **Die Vorschrift bleibt unverändert an dieser Stelle der NSGVO erhalten.**

70 2. „§ 4 (2) Nr. 6 ... eine Instandsetzung von Wegen innerhalb des Waldes ohne Ablagerung von überschüssigem Material im Wegeseitenraum oder auf angrenzenden Waldflächen, wenn diese mindestens einen Monat vorher der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt worden ist; freigestellt bleibt die Wegeunterhaltung einschließlich des Einbaus von nicht mehr als 100 kg milieugepasstem, kalkfreiem Mineralgemisch pro Quadratmeter,“

75 Die Vorschrift entspricht nicht dem Sicherungserlass (vergl. ebenda Anlage B I. Nr. 9.). Die Vorschrift ist aufgrund einer Stellungnahme des NLWKN ergänzt worden (siehe Unterstreichung). Diese Ergänzung ist aufgrund tatsächlicher, entsprechender Wegeinstandsetzungsmaßnahmen in Natura 2000-Wäldern erfolgt.

80 Nach aktueller Erörterung mit den Niedersächsischen Landesforsten bezüglich der Schutzgebietsausweisung „Südlicher Lappwald“ soll dort diese Regelung wie folgt gefasst werden:

85 *eine Instandsetzung von Wegen innerhalb des Waldes ohne Ablagerung von überschüssigem Wegebaumaterial auf angrenzenden Waldflächen, wenn diese mindestens einen Monat vorher der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt worden ist; freigestellt bleibt die Wegeunterhaltung einschließlich des Einbaus von nicht mehr als 100 kg milieugepasstem, Mineralgemisch pro Quadratmeter,“*

90 Dies vor dem Hintergrund, dass der Wegeseitenraum noch mit zum Weg gehört und das Material nicht zwingend kalkfrei sein muss, wenn es milieugepasst ist, eine Ablagerung von überschüssigem Wegebaumaterial auf angrenzenden Waldflächen jedoch eine Abfallbeseitigung darstellt und deshalb hier klarstellend zu regeln ist.

95 Die Vorschrift geht auch insoweit über den Sicherungserlass hinaus, weil sie sich nicht nur auf die Flächen der Lebensraumtypen beschränkt. Genau genommen,

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

100 finden ohnehin keine Wegeinstandsetzungsmaßnahmen auf den Waldflächen selbst statt, sondern stets auf vorhandenen Wegparzellen. Die Anzeigepflicht soll aber für das ganze Vogelschutzgebiet gelten, sofern Wald betroffen ist.

105 Nur wenn sich die diesbezügliche Anzeigepflicht auch auf die Flächen des Vogelschutzgebiets bezieht, kann gewährleistet werden, dass die Naturschutzbehörde ggf. die erforderlichen Regelungen treffen kann, wie bspw. zeitliche oder räumliche Beschränkungen, die zum Schutz der signifikanten Vogelarten erforderlich sind.

- 110 • **Die Vorschrift wird in der angepassten Fassung neu unter § 4 (4) Nr. 2 d aufgeführt, weil die Begründung für die Abweichung vom Sicherungserlass sich aus den Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet ergibt.**

Die weiteren Beschränkungen der Forstwirtschaft sind in § 4 (4) Nrn. 1 bis 8 der NSGVO geregelt.

115 **3.** Hierbei sind unter § 4 (4) Nr. 1 a) bis n) bisher Regelungen aus der Musterverordnung und dem Sicherungserlass aufgenommen worden, die für das gesamte Waldgebiet dem Grundschutz dienen sollen oder vor dem Hintergrund der Vogelschutzrichtlinie von entscheidender Bedeutung sind, um die entsprechenden Erhaltungsziele gewährleisten zu können.

120 **a)** Die Vorschrift entspricht § 4 (4) Nr. 1 a) der Musterschutzgebietsverordnung. Diese Regelung dient dem Grundschutz im Gebiet. § 1 (2) 2. Absatz der NSGVO ist zu entnehmen, dass hiesige Schutzgebietsflächen Teil eines ausgedehnten Niedermoorgebietes sind. Insofern können sich Änderungen des Wasserhaushalts erheblich sowohl auf die Lebensraumtypen, als auch auf die Lebensräume der signifikanten Waldvogelarten auswirken.

- 125 • **Die Vorschrift entspricht der Musterschutzgebietsverordnung und bleibt unverändert an dieser Stelle der NSGVO bestehen.**

130 **b)** Die Vorschrift entspricht dem Sicherungserlass unter Abschnitt B.I.11. Dort bezieht sich die Zustimmungspflicht nur auf die Flächen der Lebensraumtypen. Im hiesigen NSG sollen jedoch nicht nur Lebensraumtypen innerhalb des FFH-Gebiets geschützt werden, sondern auch die Lebensräume von signifikanten Waldvogelarten im Vogelschutzgebiet. Die Lebensräume des Niedermoores von Waldvogelarten können erheblich durch Entwässerungsmaßnahmen beeinträchtigt werden.

135 Der Leitfaden führt unter Kap. 2.2.3.10, S. 52 aus, dass darüber hinaus, Entwässerungsmaßnahmen im Bereich gesetzlich geschützter Biotope (z.B. Au-, Sumpf- und Bruchwälder, Moore) unzulässig sind. Da nicht jeder Lebensraumtyp zugleich ein gesetzlich geschütztes Biotop ist, soll durch diese Zustimmungspflicht auch außerhalb von Lebensraumtypen sichergestellt werden, dass keine gesetzlich geschützten Biotope erheblich beeinträchtigt werden.

- 145 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 2 e aufgeführt, weil die Begründung für die Abweichung vom Sicherungserlass sich aus den Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet ergibt.**

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

150 c) Die Vorschrift entspricht dem Sicherungserlass unter Abschnitt B.I.5. Dort bezieht
sich die Vorschrift nur auf die Flächen der Lebensraumtypen. Im hiesigen NSG
sollen jedoch nicht nur Lebensraumtypen innerhalb des FFH-Gebiets geschützt
werden, sondern auch die Lebensräume von signifikanten Waldvogelarten im Vo-
gelschutzgebiet. Die Lebensräume des Niedermoores von Waldvogelarten können
erheblich durch Düngung beeinträchtigt werden. Der Leitfaden führt unter Kap.
2.2.3.4, S. 47 aus, dass durch Düngungen Waldstandorte untypisch verändert wür-
den. Dadurch würden auch die Waldlebensräume der signifikanten Waldvogelar-
ten verändert und beeinträchtigt werden. Das Zulassen der Düngung würde hier
also dem Verschlechterungsgebot zuwider laufen.

160 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 2 f aufgeführt, weil
die Begründung für die Abweichung vom Sicherungserlass sich aus den
Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet ergibt.**

165 d) Die Vorschrift entspricht dem Sicherungserlass unter Abschnitt B.I.7. Dort bezieht
sich die Anzeigepflicht für eine Bodenschutzkalkung nur auf die Flächen der Le-
bensraumtypen. Der Leitfaden trifft unter Kap. 2.2.3.6, S. 48 nähere, aber keine
weitreichenderen Ausführungen. Durch die Mobilisierung von pflanzenverfügbaren
Nährstoffen durch eine Bodenschutzkalkung sind Änderungen der Vegetation und
damit der Habitatstrukturen im Vogelschutz zu erwarten. Deshalb ist es erforder-
lich, die Vorschrift auf das ganze Vogelschutzgebiet auszuweiten. Überdies sind
im hiesigen NSG die Lebensraumtypenflächen mit den Nicht-Lebensraumtypenflä-
chen so eng verzahnt, dass eine flächenscharfe Bodenschutzkalkung ausge-
schlossen sein dürfte. Insofern macht eine Beschränkung nur auf die Lebensraum-
typenflächen auch keinen Sinn.

175 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 2 g aufgeführt, weil
die Begründung für die Abweichung vom Sicherungserlass sich aus den
Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet ergibt.**

180 e) Die Vorschrift entspricht dem Sicherungserlass unter Abschnitt B.I.6. Dort bezieht
sich die Anzeigepflicht nur auf die Flächen der Lebensraumtypen. Im hiesigen NSG
sollen jedoch nicht nur Lebensraumtypen innerhalb des FFH-Gebiets geschützt
werden, sondern auch die Lebensräume von signifikanten Waldvogelarten im Vo-
gelschutzgebiet. Im Einzelfall muss der Naturschutzbehörde die Möglichkeit ein-
geräumt werden, auf derartige Maßnahmen regulierend eingreifen zu können, um
erhebliche Beeinträchtigungen sowohl im FFH-, als auch im Vogelschutzgebiet ab-
wenden zu können. Der Leitfaden erklärt unter Kap. 2.2.3.5, S. 47 die Bedeutung
dieser Anzeigepflicht.

185 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 2 h aufgeführt, weil
die Begründung für die Abweichung vom Sicherungserlass sich aus den
Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet ergibt.**

190 f) Die Vorschrift entspricht dem Sicherungserlass unter Abschnitt B.I.2. Dort bezieht
sich die Vorschrift nur auf die Flächen der Lebensraumtypen. Im hiesigen NSG
sollen jedoch nicht nur Lebensraumtypen innerhalb des FFH-Gebiets geschützt

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

195 werden, sondern auch die Lebensräume von signifikanten Waldvogelarten im Vogelschutzgebiet.

200 Die Vorschrift beschränkt sich auf befahrungsempfindliche Standorte und auf Altholzbestände. Die Bedeutung von Altholzbeständen als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird sowohl in der Leitlinie unter Kap. 2.3.3, S. 54 hervorgehoben, als auch im Merkblatt Nr. 27 der Niedersächsischen Landesforsten „Vogelschutz im Walde“.

205 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 2 i aufgeführt, weil die Begründung für die Abweichung vom Sicherungserlass sich aus den Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet ergibt.**

210 g) Die Vorschrift entspricht dem Sicherungserlass unter Abschnitt B.II.1 c). Dort bezieht sich die Vorschrift nur auf die Flächen der Lebensraumtypen. Im hiesigen NSG sollen jedoch nicht nur Lebensraumtypen innerhalb des FFH-Gebiets geschützt werden, sondern auch die Lebensräume von signifikanten Waldvogelarten im Vogelschutzgebiet.

215 Die Bedeutung von starkem Totholz für die Erhaltung der Biodiversität ist im Leitfaden unter Kap. 2.2.1.3, S. 34 nur knapp erläutert. O.g. Merkblatt Nr. 27 der Niedersächsischen Landesforsten „Vogelschutz im Walde“ erwähnt, welche große ökologische Bedeutung der Totholzerhalt dem Vogelschutz zukommt.

220 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 2 j aufgeführt, weil die Begründung für die Abweichung vom Sicherungserlass sich aus den Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet ergibt.**

225 h) Die Vorschrift geht über § 4 (4) Nr. 1 c) der Musterschutzgebietsverordnung hinaus, da sie auch Horstreste einschließt.

230 Für einen günstigen Erhaltungszustand der signifikanten Vogelarten, wie Schwarzstorch, Schwarzmilan, Rotmilan, Baumfalke und Wespenbussard, die im Sicherungserlass unberücksichtigt sind, ist der Erhalt aller Horstbäume unerlässlich. Für die Spechtarten ist der Erhalt von Stammhöhlenbäumen unerlässlich.

Die Vorschrift wird der aktuellen Formulierung der Musterschutzgebietsverordnung angepasst und lautet dann:

235 *sofern der Holzeinschlag und die Pflege unter dauerhafter Belassung aller erkennbaren Horst und Stammhöhlenbäume erfolgt,*

• **Die Vorschrift wird in der angepassten Form neu unter § 4 (4) Nr. 1 b aufgeführt.**

240 i) Die Vorschrift entspricht dem Sicherungserlass unter Abschnitt B.I.1. Dort bezieht sich die Vorschrift nur auf die Flächen der Lebensraumtypen. Im hiesigen NSG sollen jedoch nicht nur Lebensraumtypen innerhalb des FFH-Gebiets geschützt

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

werden, sondern auch die Lebensräume von signifikanten Waldvogelarten im Vogelschutzgebiet.

245 Kahlschläge im Vogelschutzgebiet sind geeignet, den Erhaltungszustand der signifikanten Waldvogelarten im Vogelschutzgebiet erheblich zu beeinträchtigen. Die Vorschrift muss deshalb für den gesamten Bereich des Vogelschutzgebiets gelten.

250 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 2 k aufgeführt, weil die Begründung für die Abweichung vom Sicherungserlass sich aus den Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet ergibt.**

255 j) Die Vorschrift knüpft an k) an, weil die Holzentnahme auf Grund von Schadereignissen auf einer Fläche von über 0,3 ha zu einer unvorhergesehenen Beeinträchtigung führen kann, auf die u.Ust. im Zuge der weiteren Waldbewirtschaftung reagiert werden muss, um den günstigen Erhaltungszustand der Lebensraumtypen im FFH-Gebiet oder der signifikanten Waldvogelarten im Vogelschutzgebiet gewährleisten zu können. Solche Ereignisse können ähnlich negative Auswirkungen haben, wie Kahlschläge. Die Vorschrift ist in dieser Form weder im Sicherungserlass vorgesehen, noch in der Musterschutzgebietsverordnung. Sie ist die Reaktion auf tatsächlich zu beklagende, unvorhergesehene Schadereignisse, die sich in jüngster Vergangenheit gehäuft haben.

265 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 2 l aufgeführt, weil die Begründung sich aus den Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet ergibt.**

270 k) Die Vorschrift entspricht § 4 (4) Nr. 1 e) der Musterschutzgebietsverordnung
Die Vorschrift muss sich auf alle Waldflächen aus standortheimischen Arten im Schutzgebiet beziehen, um einen günstigen Erhaltungszustand der signifikanten Waldvogelarten im Vogelschutzgebiet sicherstellen zu können. Sowohl der hier erwähnte Umbau, als auch die Umwandlung von Laub- in Nadelwald sind geeignet dieses Erhaltungsziel zu gefährden.

275 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 1 c aufgeführt.**

280 l) Die Vorschrift entspricht § 4 (4) Nr. 1 f) der Musterschutzgebietsverordnung und setzt § 40a „Maßnahmen gegen invasive Arten“ BNatSchG um. Als Verordnungsgeber soll hier insbesondere § 40a (1) Nr. 2 im NSG rechtsverbindlich geregelt werden. Dabei geht es darum, die Einbringung oder Ausbreitung von invasiven Arten zu verhindern.

285 • **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 1 d aufgeführt.**

290 m) Die Vorschrift entspricht nicht der Musterschutzgebietsverordnung § 4 (4) Nr. 1 f).
Die in der NSGVO gewählte Vorschrift weicht von der Musterschutzgebietsverordnung ab, weil sie den Passus „in 300 m Umkreis um Waldflächen, die nach dem

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

295 *Ergebnis der Basiserfassung FFH-Lebensraumtypen darstellen“ nicht übernommen hat. Aus der Beikarte der Beschlussfassung Drs. 142/2017 - Anlage B zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Südlicher Drömling“ geht hervor, dass die Anlage eines 300m Pufferstreifens um die jeweiligen Wald-Lebensraumtypenflächen faktisch alle Flächen von dieser konkreter gefassten Vorschrift abgedeckt wären. Insofern wurde auf den Passus verzichtet.*

300 Die aktive Einbringung der genannten Baumarten würde nicht nur zu einer Beeinträchtigung von Wald-Lebensraumtypen führen können, sondern auch zu einer negativen Veränderung der Habitatstrukturen von signifikanten Waldvogelarten im Vogelschutzgebiet. Derartige Maßnahmen wären als Projekt zu identifizieren und einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu unterziehen.

305 Die Vorschrift muss also beibehalten werden und geht in diesem Fall weder über den Sicherungserlass noch über den Leitfaden hinaus.

- **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 1 e aufgeführt.**

310 n) Die Vorschrift entspricht § 4 (4) Nr. 1 g) der Musterschutzgebietsverordnung und dem Sicherungserlass unter Abschnitt B.I.8. In der Musterschutzgebietsverordnung bezieht sich die Vorschrift auf alle Waldflächen, im Sicherungserlass nur auf die Flächen der Lebensraumtypen. Im hiesigen NSG sollen nicht nur Lebensraumtypen innerhalb des FFH-Gebiets geschützt werden, sondern auch die Lebensräume von signifikanten Waldvogelarten im Vogelschutzgebiet.

315 Die Vorschrift nimmt Bezug auf § 33 BNatSchG, also das Verschlechterungsverbot, sowie auf § 34 BNatSchG, also auf die Prüfung der Verträglichkeit und Unzulässigkeit von Projekten. Beide bundesgesetzlichen Regelungen beziehen sich auf Natura 2000-Gebiete. Die Pflicht besteht sowohl für FFH-, als auch für Vogelschutzgebiete.

- **Die Vorschrift wird unverändert neu unter § 4 (4) Nr. 2 m aufgeführt.**

325 4. Die Vorschriften unter § 4 (4) Nr. 2 a) bis c) haben ausschließlichen Bezug zum Sicherungserlass. Diese leiten sich aus der Anlage A des Sicherungserlasses her. Der dortigen Tabelle ist zu entnehmen, dass zum Schutz von Grau-, Schwarz- und Mittelspecht die Vorschriften des Abschnitts B, Teil IV, Nr. 1, Buchstaben a und b, sowie Nr. 2 in die Verordnung aufzunehmen sind.

330 Die Vorschriften der NSGVO entsprechen exakt dem Wortlaut des Sicherungserlasses. Der Leitfaden definiert unter Kap. 2.3.3 welche Waldflächen als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte zu verstehen sind. Demnach gelten alle Altholzbestände als solche Fortpflanzungs- oder Ruhestätten. Da sich die hier verwendeten Vorschriften auf diese Altholzbestände beschränken, gehen die hier verwendeten Vorschriften weder
335 über den Sicherungserlass, noch über den Leitfaden hinaus.

- **Es besteht kein Anpassungsbedarf.**

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

340 5. Die Vorschriften unter § 4 (4) Nr. 3 a) bis d) haben Bezug zu Nr. 1.9 des Sicherungserlasses.

345 Danach sind für wertbestimmenden Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie und des Anhangs I zur Vogelschutzrichtlinie Regelungen zu treffen, für die der Sicherungserlass selbst keine Vorgaben enthält.

345 Da der Sicherungserlass nur Vorgaben für vier Fledermausarten enthält, sowie für Grau-, Schwarz- und Mittelspecht, sind weitere Regelungen zum Schutz der im Walde lebenden, signifikanten Vogelarten wie Schwarzstorch, Schwarzmilan, Rotmilan und Kranich erforderlich.

350 Die Erhaltungsziele sind unter § 2 (6) Nr. 1 a), c), d) und f) benannt. Die erforderlichen Maßnahmen zum Erhalt eines günstigen Erhaltungszustandes sind gem. Sicherungserlass Nr. 1.9 bspw. den vom NLWKN veröffentlichten Vollzugshinweisen für Arten und Lebensräumen zu entnehmen. Die hier aufgenommenen Vorschriften sind unter Berücksichtigung dieser Vollzugshinweise im Vogelschutzgebiet erforderlich.

360 Das Merkblatt Nr. 27 der Niedersächsischen Landesforsten „Vogelschutz im Walde“ sieht bspw. für den Schwarzstorch und den Kranich eine ganzjährige Schutzzone von 200m vor und während der Brutzeit eine 300m Schutzzone (vergl. Ebenda S. 18).

365 Unter Kapitel 2.3.2 auf den Seiten 53 und 54 wird im Leitfaden ausgeführt, welche Quellen heranzuziehen sind, um die notwendigen Vorschriften für die im Sicherungserlass unberücksichtigten Vogelarten zu ermitteln. Der Leitfaden erwähnt, dass *„in der Regel die Bewirtschaftungseinschränkungen für die oben genannten [...] Spechtarten aber ausreichen, um einen günstigen Erhaltungszustand auch für die weiteren im Standarddatenbogen als maßgeblich aufgeführte Arten sicherzustellen.“* Im konkreten Fall reichen diese Vorschriften hier nicht aus, um auch die Bruthabitate der anderen signifikanten Waldvogelarten unbeeinträchtigt zu lassen, wie sich aus den Vollzugshinweisen des NLWKN ergibt.

370 Die Bedeutung von Altholzbeständen wird nicht nur im Sicherungserlass und dem dazugehörigen Leitfaden betont, sondern auch in dem aus dem Jahre 1992 stammenden Merkblatt Nr. 27 der Niedersächsischen Landesforsten „Vogelschutz im Walde“.

375 Die Vorschriften stehen insofern im Einklang mit dem Sicherungserlass und dem Leitfaden.

- **Ein Anpassungsbedarf besteht daher nicht.**

380 6. Die Vorschriften unter § 4 (4) Nr. 4 a) bis b) haben ausschließlichen Bezug zum Sicherungserlass. Erhaltungsziele sind für die Wald-Lebensraumtypen 9160, 9190, 91E0 und 91F0 zu berücksichtigen (siehe Beikarte). Alle Wald-Lebensraumtypen sind im Erhaltungszustand „B“, so dass keine weitere Differenzierung erforderlich ist. Der Lebensraumtyp 9110 ist in diesem FFH-Gebiet nicht wertbestimmend. Für alle vier relevanten Wald-Lebensraumtypen sind die Vorschriften des Sicherungserlasses unter II.1 a) bis d) aufzunehmen, sowie II.2 a). Die hier aufgenommenen Vorschriften

385

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

entsprechen vollständig I.1d) und II.2.a) des Sicherungserlasses. Der Leitfaden trifft diesbezüglich keine neuen Regelungen (vergl. ebenda Kap. 2.2.2.1, S. 37).

390 Die Vorschriften stehen im Einklang mit dem Sicherungserlass und dem Leitfaden.

- **Ein Anpassungsbedarf besteht daher nicht.**

395 7. Die Vorschriften unter § 4 (4) Nr. 5 a) bis d) haben Bezug zu Nr. 1.8 des Sicherungserlasses. Da Regelungen, die auf Landeswaldflächen auf dem LÖWE-Erlass (RdErl.d.ML v.27.2.2013) basieren und über die Vorgaben des Sicherungserlasses hinausgehen, nur noch im begründeten Ausnahmefall zum Schutz einzelner Arten oder Lebensraumtypen aufzunehmen sind, werden die Regelungen unter § 4 (4) Nr. 5 c) und d) gestrichen, da diese eher von allgemeiner Natur sind.

400 Die Regelungen unter § 4 (4) Nr. 5 a) und b), wobei Nr. 5 a) der LÖWE-Erlass-Regelung auf S.6 unter 2.7 d) und Nr. 5 b) der Reglung auf S. 6 unter 2.7 f) entspricht, sind für den Erhalt und die Entwicklung der Lebensraumarten des Naturschutzgebietes allerdings von besonderer Bedeutung und insofern beizubehalten

405

- **Die Regelungen unter § 4 (4) Nr. 5 c) und d) werden gestrichen.**

410 8. Die Vorschrift unter § 4 (4) Nr. 6 hat einen Bezug über Nr. 1.8 des Sicherungserlasses. Der LÖWE-Erlass regelt auf S. 7 im Rahmen des Aufbaus eines Netzes von Waldschutzgebieten unter Nr. 2.8 c) die Anlage von Naturwäldern. Es wird über die Vorschrift der NSGVO klargestellt, dass hier künftig keine forstliche Nutzung mehr stattfindet. Das Vorhandensein dieses Naturwaldes innerhalb der Natura 2000-

415 Schutzgebiete zählt zu den sogenannten „*atypischen Situationen im Einzelfall*“ (vergl. Begründung zum Sicherungserlass), die eine Sonderregelung legitimiert.

420 Die Vorschriften stehen im Einklang mit dem Sicherungserlass und dem LÖWE-Erlass. Der Leitfaden trifft hierzu keine spezielleren Regelungen. Allerdings wird der Begriff „forstwirtschaftliche Bodennutzung“ ersetzt durch den Begriff „Forstwirtschaft“ da dieser so der Musterschutzgebietsverordnung entspricht.

- **Die Vorschrift wird in der angepassten Form aufgeführt.**

425 9. Die Vorschrift unter § 4 (4) Nr. 7 hat ausschließlichen Bezug zu Nr. 1.5 des Sicherungserlasses. Der Wortlaut ist an die Struktur der NSGVO angepasst, inhaltlich jedoch nicht geändert.

430 Die Vorschrift steht im Einklang mit dem Sicherungserlass. Der Leitfaden trifft hierzu keine spezielleren Regelungen.

- **Ein Anpassungsbedarf besteht daher nicht.**

435 10. Die Vorschrift unter § 4 (4) Nr. 8 hat ausschließlichen Bezug zu Nr. 1.10 des Sicherungserlasses. Die Vorschrift steht im Einklang mit dem Sicherungserlass.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

- **Ein Anpassungsbedarf besteht daher nicht.**

440 **III. Zu den Änderungsanträgen der FDP/UWG/ZIEL Gruppe**

1. § 1 - „*Flächenausdehnung ausschließlich auf FFH- bzw. Vogelschutzgebiet (angekündigte Änderung des Leitfadens 1:1 Umsetzung)*“

Der Sicherungserlass sieht unter Nr. 1.2 vor, dass Ausnahmen von der FFH- bzw. EU-Vogelschutzgebietskulisse abzuweichen, in begründeten Fällen möglich ist.
445 Der Leitfaden gibt keine Erläuterungen hinsichtlich der Abgrenzung.

Die Vorlage Drs. 142/2017, S. 2, Zeile 2 bis 16 erläutert kurz den Bezug zum Projekt mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung „Niedersächsischer Drömling“, aus der sich die Abweichung zur Natura 2000-Schutzgebietskulisse ergibt. „Unterlage B – Begründung zur Beschlussfassung“ der Drs. 142/2017 erläutert dort zur
450 Präambel unter Absatz 2, sowie im dritten Absatz zu § 1 die Abweichung.

Die Abweichung wurde im Rahmen einer Präsentation am 21. September 2016 in Grafhorst vorgestellt und erklärt, am 9. November 2017 im UA im Rahmen des Sachstandsberichts, am 25. Januar 2018 im UA im Zusammenhang mit der Drs. 142-2017 und zuletzt auf der Informationsveranstaltung am 19. Februar 2018 in
455 Grafhorst.

Die Abweichung ist mit dem Projekt mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung „Niedersächsischer Drömling“ begründet und geht insofern weder über den Sicherungserlass, noch über den Leitfaden hinaus.
460

- **Die Abgrenzung wird deshalb beibehalten.**

465 2. „*Ebenso sollten Wege, die an den Außengrenzen des Natura 2000 Gebietes liegen aus dem NSG herausgenommen werden.*“

Zur Möglichkeit der Abweichung von der Natura 2000-Schutzgebietskulisse wird auf 1. verwiesen. Die Wegeflurstücke sind entweder deshalb mit in das Schutzgebiet einbezogen worden, weil sich an diesen Hecken befinden, in denen signifikante Vogelarten brüten oder ihren Lebensraum haben, deretwegen das Vogelschutzgebiet gemeldet worden ist.
470

In Waldrandlagen mussten die Wege auch deshalb einbezogen werden, um die Wegeunterhaltung zur Aufrechterhaltung eines Lichtraumprofils regeln zu können. Die an Waldrändern stehenden Bäume sind Bestandteil der Natura 2000-Gebiete. Deren Starkäste ragen oftmals in das Lichtraumprofil benachbarter Wege hinein.
475

Eine Regelung zu dieser Forderung enthält weder der Sicherungserlass, noch der zitierte Leitfaden.
480

- **Die Abgrenzung wird deshalb beibehalten.**

3. „§ 4 (3) *Freigestellt ist die ordnungsgemäße Landwirtschaft...*“

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

485 Diese Formulierung entspricht nicht der Musterschutzgebietsverordnung. Die in
der NSGVO gewählte Vorschrift entspricht der Musterschutzgebietsverordnung.
Die generelle Freistellung, wie hier gefordert, widerspricht der Regelvermutung,
490 dass die Ausübung der ordnungsgemäßen Landwirtschaft in der Regel kein Pro-
jekt sei. Wegen dieser in der Vergangenheit seitens der Bundesregierung getroffe-
nen Regelvermutung wurde die Bundesrepublik Deutschland vom EUGH am
10.01.2006 verurteilt. Daraufhin musste das BNatSchG geändert werden.

- **Die Formulierung in § 4 (3) der NSGVO wird unverändert beibehalten.**

495 4. „§ 4 (4) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Forstwirtschaft(Begriff aus der Hand-
reichung für Muster VO des NLWKN v. 27.09.2016“

In der Muster VO des NLWKN vom 20.02.2018 wird die gleiche Formulierung ver-
wendet. In dem Entwurf der NSGVO Drs 142/17 wurde abweichend davon die
500 Formulierung „Freigestellt ist die ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Bodennut-
zung“ gewählt, um die Europarechtskonformität gewährleisten zu können. Es wird
auf 3. verwiesen, sowie auf die Drs. 142/2017 „Unterlage B – Begründung zur Be-
schlussfassung“, Seite 2, rechte Spalte zu Absatz 4. Das Bundesnaturschutzge-
505 setz formuliert in § 14 (2) abschließend den Rahmen einer land-, forst- und fi-
schereiwirtschaftlichen Bodennutzung, unter dessen Beachtung in der Regel da-
von auszugehen ist, dass es zu keiner erheblichen Beeinträchtigung der Leis-
tungsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes kommen kann, also
kein Eingriff im Sinne des § 14 (1) BNatSchG vorliegt. Anders herum würde also
ein Eingriff vorliegen, der eine FFH-Verträglichkeitsprüfung auszulösen geeignet
erscheint.

510 Diese Rechtsauffassung vertritt das ML und MU nicht und hält die in der Muster
VO gewählte Formulierung für ausreichend. Insofern wird vorgeschlagen die For-
mulierung der Muster VO zu übernehmen

- **Die Formulierung in § 4 (4) der NSGVO wird der Muster VO angepasst.**

515 5. „§ 4 (2) 6 eine Instandsetzung von Wegen innerhalb des Waldes ohne Ablagerung
von überschüssigem Material im Wegeseitenraum oder auf angrenzenden Waldflä-
chen, wenn diese mindestens einen Monat vorher der zuständigen Naturschutzbe-
520 hörde angezeigt worden ist; freigestellt bleibt die Wegeunterhaltung einschließlich des
Einbaus von nicht mehr als 100 kg milieugemäßigtem, kalkfreiem Mineralgemisch
pro Quadratmeter,“

- **Diesbezüglich wird auf die Ausführungen und den Entscheidungsvor-
schlag unter II 2. verwiesen**

525 6. „§ 4 (4) 3 d ~~Darüber hinaus findet eine forstliche Nutzung in einem Radius von 100
Metern um traditionelle Horststandorte nur unter Beibehaltung der Strukturen und des
Charakters im Walde statt. Neue Erschließungen finden nicht statt. Bestehende Fei-
nerschließungslinien bleiben unverändert.~~ „Bei ordnungsgemäßer Forstwirtschaft
530 und Erhalt von Brutbäumen nicht nötig!“

Diese Forderung ist im UA vom 25.1.2018 erörtert worden. Insofern werden die
Ausführungen hier wiederholt und ergänzt.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

535 Der Sicherungserlass sieht unter Nr. 1.9 vor, dass ergänzende Regelungen für solche wertbestimmenden Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie und des Anhangs I zur Vogelschutzrichtlinie zu treffen sind, für die der Sicherungserlass selbst keine Vorgaben enthält.

540 Da der Sicherungserlass nur Vorgaben für vier Fledermausarten enthält, sowie für Grau-, Schwarz- und Mittelspecht, sind weitere Regelungen zum Schutz der im Walde lebenden, signifikanten Vogelarten von Schwarzstorch, Schwarzmilan, Rotmilan und Kranich erforderlich. Die Erhaltungsziele sind unter § 2 (6) Nr. 1 a), c), d) und f) benannt. Die erforderlichen Maßnahmen zum Erhalt eines günstigen Erhaltungszustandes sind gem. Sicherungserlass Nr. 1.9 bspw. den vom NLWKN veröffentlichten Vollzugshinweisen für Arten und Lebensräumen zu entnehmen. Die hier aufgenommene Vorschrift ist unter Berücksichtigung dieser Vollzugshinweise im Vogelschutzgebiet erforderlich.

550 Lediglich der Erhalt von Brutbäumen ist unzureichend, um die Bruthabitate der hier genannten Vogelarten zu sichern. Wichtig ist es, den Charakter des Brutumfeldes des am Boden brütenden Kranichs nicht zu verändern.

555 Das Merkblatt Nr. 27 der Niedersächsischen Landesforsten „Vogelschutz im Walde“ sieht bspw. für den Schwarzstorch und den Kranich eine ganzjährige Schutzzone von 200m vor und während der Brutzeit eine 300m Schutzzone (vergl. Ebenda S. 18).

- **Die Formulierung in § 4 (4) 3 d der NSGVO wird unverändert beibehalten.**

560 7. „§ 4 (6) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd nach folgenden Vorgaben:

1. Die Neuanlage von

a) Wildäckern, Wildäsungsflächen, Futterplätzen und Hegebüschen

565 b) ~~mit dem Boden fest verbundene jagdwirtschaftliche Einrichtungen (wie z.B. Hochsitzen),~~

neu b) von jagdwirtschaftlichen Einrichtungen mit Betonfundamenten (z.B. Hochsitze)

570 c) anderen jagdwirtschaftlichen Einrichtungen in nicht ortsüblicher landschaftsangepasster Art bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde.“

Die hier gestrichene Vorschrift entspricht der Musterschutzgebietsverordnung.

575 Es wird außerdem auf Drs. 142/2017 „Unterlage B – Begründung zur Beschlussfassung“, S. 3, rechte Spalte, Absatz 6, zweiter Absatz verwiesen. Daraus geht hervor, dass es Sinn der Regelung ist, Einflussmöglichkeiten auf den Standort für die Errichtung von solchen Einrichtungen zu haben, die für längere Zeit oder auf Dauer angelegt werden. Dabei ist es nachrangig, ob der Hochsitz mit Betonfundamenten, Einschlagbodenhülsen oder Stahlträgern fest mit dem Boden verankert wird. Andere Anseinrichtungen, die nur vorübergehend errichtet werden, sind in

580

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

der Regel so mobil, dass hier der Standortwechsel ohne größeren Aufwand möglich ist.

- 585 • **Die Formulierungen in § 4 (6) der NSGVO werden unverändert beibehalten.**

8. *„§ 4 (4) k) ohne den Umbau von Waldbeständen aus standortheimischen Arten in Bestände aus nicht lebensraumtypischen ~~standortheimischen~~ Baumarten wie insbesondere Douglasie, Küstentanne, Roteiche, Japanlärche, sowie die Umwandlung von Laub- in Nadelwald,“ „neu Ergänzung: ...in LRT Flächen“*

590

- **Diesbezüglich wird auf die Ausführungen und den Entscheidungsvorschlag unter II 3. k) verwiesen**
- 595

9. *„§ 4 (4) m ohne die aktive Einbringung und Förderung von Douglasie, Roteiche und Spätblühender Traubenkirsche,“ „neu Ergänzung: ...in LRT Flächen“*

600

- **Diesbezüglich wird auf die Ausführungen und den Entscheidungsvorschlag unter II 3. m) verwiesen**
- 605

10. *„§ 4 (4) f) sofern ...einfügen...auf LRT Flächen ...auf befahrungsempfindlichen Standorten und in Altholzbeständen die Feinerschließungslinien einen Mindestabstand der Gassenmitten von 40 Metern zueinander haben,“*

610

- **Diesbezüglich wird auf die Ausführungen und den Entscheidungsvorschlag unter II 3. f) verwiesen**

IV. Zu den Anträgen bzw. Fragen der CDU Fraktion

610

1. *„Vorverlegung des Mähtermins auf den 20. Mai?“*

Die geforderte Vorverlegung des Mahdzeitpunktes steht nicht im Einklang mit den Erhaltungszielen für den Schutz der Wiesenvögel im Vogelschutzgebiet. Der Forderung kann daher nicht gefolgt werden. Die hier im Gebiet signifikanten Wiesenbrutvögel Wachtelkönig, Bekassine und großer Brachvogel haben Brutzeiten in der Regel von Anfang/Mitte April bis Ende Mai/Anfang Juni.

615

„Für den Fall, dass man den Termin vorverlegen kann, wäre es möglich, dass die Landwirte dennoch am Agrarumweltprogramm teilnehmen können?“

620

Die *„Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Niedersächsische und Bremer Agrarumweltmaßnahmen — NiB-AUM — (Richtlinie NiB-AUM) Gem. RdErl. d. ML u. d. MU v. 15.7.2015 — ML-104-60170/02/14, MU-28-04036/03/05 — (Nds. MBl. S. 909) in der Fassung vom 1.3.2018 (Nds. MBl. S. xxx) — VORIS 78900“* trifft hierzu unter *„GL 2.2 Naturschutzgerechte Bewirtschaftung in bestimmten Schwerpunkträumen des Wiesenvogelschutzes“* keine konkreten Festsetzungen. Die Frage kann daher nicht abschließend beantwortet werden.

625

630

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

2. *„Was ist unter Weidetiere zu verstehen?“*

635 Die Erschwernisausgleichsverordnung Grünland honoriert in ihrer Punktwert-
tabelle die unter h) genannte Bewirtschaftungserchwernis „*max. zwei Weide-*
tiere/ha vom 1. Januar bis 30. Juni“ mit bis zu 17 Punkten (1 Punkt entspricht
einer Summe von 11 €). Es sind tatsächlich zwei Tiere gemeint, die sich übli-
cherweise auf einer Weide durch den Aufwuchs des Grünlandes ernähren kön-
nen. Dem gegenüber steht der Begriff der Großvieheinheit (GV oder GVE).
640 Wieviel Tiere einer GVE entsprechen, ergibt sich aus einer differenzierten Um-
rechnungstabelle. Eine Milchkuh entspricht bspw. einer GVE, ein Mastschwein
0,12 GVE, ein Schaf 0,1 GVE. In der NSGVO statt 2 Weidetieren, zwei GVE
zu nennen, würde die Möglichkeit der Zerstörung des Grünlandes einräumen.
Es liegt auf der Hand, dass bspw. 16 Mastschweine (entsprechen in etwa 2
645 GVE) den naturschutzfachlichen Wert des vorhandenen Grünlandes als Le-
bensraum für Wiesenvögel stark beeinträchtigen würden. Die Vorschrift ist des-
halb auf zwei Weidetiere beschränkt.

3. *„Es wird eindringlich darum gebeten, den Drohneneinsatz ohne Antragsstel-
lung zum Schutz des Tieres zu gewähren. Die Landwirte wollen vor Aufnahme
650 ihrer Arbeit den Drohneneinsatz durchführen, um sicherzugehen, dass Horst-
und Nistplätze nicht beschädigt werden. Die Antragsstellung ist eine zusätzli-
che bürokratische Hürde, die den Landwirten auferlegt wird.“*

655 Die Vorschriften der NSGVO berücksichtigen den Schutz der im FFH-Gebiet
wertbestimmenden Tierarten, bzw. die im Vogelschutz signifikanten Vogelarten
durch entsprechende Bewirtschaftungsbeschränkungen. Der Einsatz von
Drohnen würde im NSG vor allem Bedeutung haben, um vor einer Mahd von
Grünland im Vogelschutzgebiet das „Ausmähen“ von brütenden Wiesenvögeln
zu unterbinden. Während der Brutzeit von Wiesenvögeln ist davon auszuge-
660 hen, dass der Einsatz von Drohen den gegenteiligen Effekt erzielen würde,
nämlich das Verlassen des Nestes. Dadurch würde die Wahrscheinlichkeit er-
höht, dass die Brut der auch nur kurzfristig verlassenen Nester von Beutegrei-
fern zerstört werden könnte. Die gewählte Formulierung entspricht der Muster-
schutzgebiets VO und ist deshalb in dieser Form so beizubehalten.

4. *„Handelt es sich bei dem neuen Grenzabstand zu Grafhorst um 200 Meter oder
665 300 Meter?“*

670 Die Grenze des NSG zur Ortsrandlage von Grafhorst, d.h. zum jeweils nächs-
ten Gebäude, bewegt sich zwischen ca. 16 m (Gebäude des Aller-Ohre-Ver-
bandes) und 177m (Hofstelle). Die Grenze wurde in Abstimmung mit dem
NLWKN in diesem Bereich konkretisierend festgelegt.

5. *„Bei Festlegung der Schutzziele ist aufgefallen, dass zum z.B. die Esche oder
675 der Schlammpeitzger unter Schutz gestellt worden sind. Hat die Esche, ge-
nauso wie der Schlammpeitzger, in dem Gebiet eine Lebenschance? Wenn
diese Schutzziele nicht eingehalten werden können, macht man sich als Land-
kreis angreifbar.“*

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 142-2	Jahr 2017

680 Hinsichtlich des unter § 2 (5) Nr. 1 a) der NSGVO genannten prioritären Lebensraumtyps 91E0* „Auenwälder mit Erle, Esche, Weide“ hat der Landkreis kein Ermessen, die im Anhang I der FFH-Richtlinie normierten Lebensraumtypen eigenständig abzuändern. Zu dem o.g. Lebensraumtyp werden die Pflanzengesellschaften der sogenannten „*Erlen-Eschen-Auwälder (Alno-Padion)*“
685 und die der „*Weiden-Auwälder (Salicion albae)*“ gerechnet (vergl. Hinweise zur Definition und Kartierung der Lebensraumtypen von Anh. I der FFH-Richtlinie in Niedersachsen). Das Vorhandensein dieses Lebensraumtyps ist also nicht allein abhängig vom Vorhandensein der Esche.

690 Der künftige Umgang mit dem Eschentriebsterben wird auf der Ebene der konkreten Managementplanung thematisiert werden müssen. Lösungen zum Umgang mit diesem Phänomen werden bundesweit in Fachgremien intensiv diskutiert.

695 Hinsichtlich des unter § 2 (5) Nr. 3 d) der NSGVO genannten Schlammpeitzgers- einer in Schlammersedimenten lebenden Fischart – hat der Landkreis ebenfalls kein Ermessen, von den vorgegebenen Zielen der FFH-Richtlinie abzuweichen. Diese Fischart ist im FFH-Gebiet Drömling nachgewiesen. Er ist im Standarddatenbogen für dieses Gebiet als sogenannte Anhang II-Art verbindlich genannt. Die Fachbehörde für Naturschutz beim NLWKN-Süd in Braunschweig hat die Erhaltungsziele für den Landkreis für dieses NSG „Südlicher Drömling“ formuliert und geht nach dortiger Experteneinschätzung von einem signifikanten Vorkommen in diesem Teilgebiet des Drömlings aus. Der Landkreis macht sich insoweit also nicht angreifbar. Er würde sich aber angreifbar
700 machen, würde er von der Experteneinschätzung abweichen.
705

V. Zu den sonstigen Auswirkungen der neuen Musterschutzgebietsverordnung des NLWWKN vom 28.02.2018

- 710
1. Zu § 3 (1) Nr.8: In § 3 (1) Nr. 10 der NSGVO wird „nichtheimisch“ gestrichen .
 2. Zu § 4 (2) Nr. 2 b): In § 4 (2) Nr. 2 b) wird „nur mit vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde“ gestrichen.
 - 715 3. Zu § 4 (2) Nr. 2 e): In § 4 (2) Nr. 2 e) wird „Management“ ergänzt.

Anlagen:

1. Anlage A – Drs. 142-2/2017 - Beschlussfassung der NSGVO „Südlicher Drömling“
 2. Unterlage B – Drs. 142-2/2017 – Begründung zur Beschlussfassung der NSGVO „Südlicher Drömling“
- 720

Anmerkung:

Die Karte „Anlage A zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Südlicher Drömling“ und die Karte „Anlage B zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Südlicher Drömling“, - Beikarte - bleiben unverändert. Beide Karten waren Bestandteil der Drs. 142/2017.

725